

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Nicaragua vor den Wahlen 2011

Demokratie auf dem Prüfstand

DR. MICHAEL LANGER

Oktober 2011

- Am 6. November 2011 finden in Nicaragua Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Der aktuelle Amtsinhaber Daniel Ortega von der sandinistischen Partei (FSLN) gilt als eindeutiger Favorit. Die Verfassungskonformität seiner erneuten Kandidatur wird aber angezweifelt und ist zentraler Punkt der politischen Auseinandersetzung. Die Opposition konnte sich nur teilweise in einer Allianz (PLI-UNE) aus Parteien und Bewegungen des liberalen und fortschrittlichen politischen Spektrums verbünden. Sie wird vom Medienunternehmer Fabio Gadea geführt, während Ex-Präsident Arnoldo Alemán eigenständig kandidiert.
- Aufgrund der Unregelmäßigkeiten und Probleme im Vorfeld der Wahlen und bei der Zulassung von Wahlbeobachter(inne)n werden Manipulationen befürchtet. Dies betrifft insbesondere die Parlamentswahlen, deren Ausgang unsicher ist. Über einem Teil der Oppositionskandidat(inn)en schwebt das Damoklesschwert einer (nachträglichen) Aberkennung ihrer Kandidatur durch die Wahlbehörden.
- Ein Sieg würde es Ortega und der FSLN erlauben, ihre Strategie der politischen Machtkonzentration und Kontrolle der Staatsgewalten fortzusetzen und zu vertiefen. Bei einer entsprechenden Parlamentsmehrheit würde eine Änderung der bestehenden Verfassung wahrscheinlich. Der Opposition fehlt es dagegen an eindeutigen Politikkonzepten und anerkannten Führungspersönlichkeiten, um sich kurzfristig als politische Alternative etablieren zu können.

Wer in den Städten Nicaraguas nach einer leichtverdaulichen, politisch wie religiösen Orientierung sucht, wird schnell fündig. An Straßenkreuzungen oder anderen strategischen Punkten springen die magentafarbenen Plakate mit dem markigen Spruch »christlich, sozialistisch und solidarisch« sogleich ins Auge; daneben verkündet dann das allgegenwärtige Porträt des Staats- und Regierungspräsidenten Daniel Ortega von der *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) zumeist soziale Wohltaten und die Erfolgsgeschichte der sogenannten sandinistischen Revolution. Am 6. November 2011 finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua statt, und klarer Favorit ist der aktuelle Amtsinhaber Ortega. Auch bei den Wahlen zu den 90 Abgeordneten der *Asamblea Nacional* wird ein Sieg der FSLN erwartet, doch erscheint noch fraglich, ob sie ihr erklärtes Ziel, eine qualifizierte Mehrheit mit Möglichkeit zu Verfassungsänderungen, erreicht. Fünf Jahre zuvor kam die FSLN lediglich auf 38 Sitze und war bei Gesetzesvorhaben häufig auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Zeitgleich werden auch 20 Abgeordnete des zentralamerikanischen Parlaments (*Parlacen*) neu gewählt.

Für einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen bereits im ersten Wahlgang werden nur 35 Prozent der Stimmen sowie ein Vorsprung von fünf Prozentpunkten vor dem Zweitplatzierten benötigt – eine relativ niedrige Barriere, die Ortega im Jahr 2006 mit 38 Prozent der Stimmen und ausreichendem Vorsprung vor der gespaltenen Opposition überwand. In den Umfragen (*CID Gallup*, Sept. 2011) wird Ortega mit ca. 46 Prozent Wahlpräferenz bereits als potenzieller Wahlsieger gehandelt. Fabio Gadea, der Zweitplatzierte und Kandidat des oppositionellen Wahlbündnisses PLI-UNE (*Partido Liberal Independiente – Union Nicaragüense por la Esperanza*), kommt nur auf 33 bis 34 Prozent. Andere Umfragen sagen Ortega sogar einen noch größeren Vorsprung voraus. Abgeschlagen ist mit ca. zehn Prozent der rechtsliberale Ex-Präsident Arnoldo Alemán von der *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC), der seine von Korruptionsskandalen geprägte Amtszeit (1996 bis 2001) nicht vergessen machen konnte.

Daniel Ortega und die FSLN auf dem Weg zur dritten Präsidentschaft

Der 65-jährige José Daniel Ortega Saavedra kann in der Tat als ein politisches Phänomen gelten. Als einer der Führer der sandinistischen Revolution (19. Juli 1979) war er zunächst Mitglied der Regierungsjunta und wurde dann in allgemeinen Wahlen im November 1984 als Präsident gewählt. Aber die Enttäuschung über die geringen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte während dieser zehnjährigen FSLN-Regierungszeit ließ die anfänglich große Zustimmung schnell schwinden. Bei den folgenden drei Präsidentschaftswahlen (1990, 1996, 2001) gewann das liberal-konservative politische Lager gegen den Dauerkandidaten Ortega. Doch in der Oppositionszeit bewährten sich das strategisch-politische Talent und die Beharrlichkeit des kampferprobten Politikers. So gelang ihm, auf wechselnde Bündnisse auch mit politischen Widersachern gestützt, am 10. Januar 2007 die Rückkehr ins Präsidentenamt.

Während der aktuellen Amtsperiode baute Ortega sein Erfolgsrezept weiter aus. Wichtige Positionen in Exekutive und der politisierten Judikative wurden mit sandinistischen Parteigänger(inne)n besetzt. Außerdem ermöglichte ein sog. »politischer Pakt« mit der PLC einerseits den Rückzug aller Korruptionsanklagen gegen Alemán sowie andererseits den wichtigsten politischen »Coup« der FSLN: Die überraschende Abwesenheit der PLC-nahen Richter(innen) bei einer entscheidenden Abstimmung der Verfassungsgerichtskammer führte zu einem Beschluss, der dem Staatspräsidenten eine Wiederwahl erlaubte – entgegen der gültigen Verfassung (Art. 147). Die berechtigten Zweifel an der Verfassungskonformität dieser Entscheidung und der erneuten Kandidatur Ortegas sind zum Hauptkritikpunkt der Opposition, aber auch vieler internationaler Beobachter(innen) geworden und seitdem zentraler Konfliktpunkt in der politischen Auseinandersetzung.

Eine besondere Rolle in der Strategie des Machterhalts spielen die regierungsnahen Mitglieder der Obersten Wahlbehörden (CSE, *Consejo Supremo Electoral*): Sie entscheiden über die Zulassung von Parteien und Kandidat(inn)en sowie über die Rechtmäßigkeit und Gültigkeit von Wahlergebnissen. Im Jahre 2010 wurden auf Beschluss des CSE mehrere Bürgermeister(innen) ihres Amtes enthoben. Der Partei *Movimiento Renovador*

Sandinista (MRS), der FSLN-Konkurrenz aus dem linken Lager, wurde bereits 2008 der Parteienstatus aberkannt. Kritisiert werden aktuell die schleppende Registrierung von Jungwähler(inne)n in Wählerlisten und die Hinhaltenaktik bei der Zulassung von Wahlbeobachter(inne)n. Während eine unabhängige nationale Beobachtung erschwert wurde, führten die guten Umfragewerte des sandinistischen Kandidaten Ortega zu einer flexibleren Haltung der Obersten Wahlbehörden und letztlich zu einer Einigung mit der Europäischen Union und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über die Zulassung internationaler Beobachter(innen). Aufmerksamkeit erregte die öffentliche Warnung des ehemaligen amerikanischen Botschafters Robert Callahan vor einer drohenden Wahlmanipulation.

Im Gegensatz zu den oppositionellen Gruppen aus dem rechtskonservativen, liberalen oder fortschrittlichen Lager kann die FSLN auf eine systematische Arbeit zugunsten der politischen Klientel zurückblicken. Ihre Sozialprogramme und Hilfsprojekte wie z. B. die weitgehende Kostenfreiheit von Schulbesuch oder Krankheit, die Einführung eines Solidarfonds für sozial Schwache, Investitionen in die Straßeninfrastruktur etc. werden erfolgreich und teilweise zu Recht als Entwicklungsfortschritte gepriesen. Die ungehemmte Ausnutzung des Propagandaapparats von Regierung und Partei sowie die Mobilisierung nahestehender zivilgesellschaftlicher Gruppen wird u. a. von Ortegas Ehefrau Rosario Murillo organisiert. Als bevorzugte Ratgeberin des Präsidenten und Koordinatorin der sogenannten Bürgerräte (*Consejos de Poder Ciudadano*) hat sie direkten Einfluss auf Strategien und Entscheidungen der Regierung und zeichnet sich durch eine starke Präsenz in den Medien aus. Dass dabei in anderen Bereichen wie der Wirtschafts- und Handelspolitik eine pragmatisch-neoliberale Linie verfolgt wird (z. B. mit der Zulassung von Freihandelszonen), mag nur auf den ersten Blick erstaunen, werden doch der politischen Elite, auch aus dem Umfeld der FSLN, handfeste Wirtschaftsinteressen nachgesagt.

Das Dilemma der Opposition – ein Dilemma der Wähler(innen)

Im Lager der Opposition versucht Fabio Gadea, ein 79-jähriger Medienunternehmer und Abgeordneter des zentralamerikanischen Parlaments, die liberalen und

fortschrittlichen Kräfte in der UNE zu einigen. Gadea, der früher eher dem konservativ-liberalen Lager bzw. dem Umfeld der sogenannten *Contrarevolución* zugeordnet wurde, präsentiert sich als Unabhängiger mit einem Programm zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit. Ein Großteil des liberalen Lagers, einschließlich des früheren Bürgermeisters von Managua Eduardo Montealegre, aber auch linksdemokratische Kräfte aus Politik und Zivilgesellschaft haben sich in Gadeas Wahlallianz (PLI-UNE) zusammengefunden. Als Kandidat für die Vizepräsidentschaft tritt Edmundo Joarquin von der sozialdemokratisch orientierten MRS an.

Die Wahlallianz konnte sich nur bei der obersten Wahlbehörde registrieren, weil sie den Namen der kleinen Partei PLI nutzte, und dafür einen Beschluss des PLI-Direktoriums vorweisen konnte. Sie wurde zwar zur Wahl zugelassen, dennoch hängt ein Damoklesschwert über den 51 Parlamentskandidat(inn)en der Allianz PLI-UNE. Ein erst kürzlich erfolgter Einspruch von PLI-Dissident(inn)en zielt darauf ab, dass die neuen Kandidat(inn)en eine mehrjährige Mitgliedschaft in der PLI nachweisen sollten, was aufgrund der kurzen Bestandszeit der Allianz nicht möglich sein wird. Obwohl die Wahlbehörde alle diese Kandidat(inn)en bereits zugelassen hat, wird nun erst kurz vor oder nach den Wahlen neu darüber entschieden, ob die Kandidaturen rechtmäßig waren. So kann es durchaus passieren, dass einigen am 6. November gewählten Abgeordneten ihr Mandat wieder aberkannt wird oder im betroffenen Wahldistrikt Neuwahlen ausgeschrieben werden. Zeitgleich mit dem Einspruch wurden in der Hauptstadt Protestplakate gegen diese Kandidaturen aufgehängt, deren Autorenschaft unklar bleibt. Die erzürnten Gegenproteste des Oppositionskandidaten Gadea und seiner Anhänger(innen) täuschen nicht darüber hinweg, dass hier auf eine Verunsicherung der Wähler(innen) gesetzt wird, die nur den Kandidat(inn)en der Regierung nutzen kann.

Obwohl Ex-Präsident Alemán (PLC) erwartungsgemäß nur wenig Sympathie und Zuspruch in den Wahlabsichten erfährt, gilt seine Kandidatur insbesondere als Zeichen eines politischen (und wirtschaftlichen) Überlebenswillens. Der FSLN wird eine Spaltung der Oppositionskräfte nicht nur bei der Vermeidung eines zweiten Präsidentschaftswahlgangs helfen; schon in den vergangenen Legislaturperioden nutzten die jeweiligen Regierungen ihre politische (und finanzielle) Macht mit allen

verfügbaren Mitteln, um Abstimmungsmehrheiten im Parlament zu organisieren.

Das Dilemma der Wählerschaft besteht aber nicht nur in der Unsicherheit über eine mögliche spätere Aberkennung von Parlamentsmandaten, sondern ist eher Ausdruck eines politisch-gesellschaftlichen Problems. Nach dem Abklingen der Revolutionsbegeisterung in den 1980er Jahren war es bisher keiner nicaraguanischen Regierung wirklich gelungen, die demokratische Entwicklung zu stabilisieren und gleichzeitig die sozialen Missstände zu verringern. Zwar ist die FSLN bemüht, ihrer Regierungspolitik eine soziale Orientierung zu geben, auch dank der großzügigen Unterstützung der venezolanischen ALBA-Verbündeten. Andererseits setzt sie Sozialpolitik eigennützig und kompromisslos zur Erhaltung der eigenen politischen Macht ein – unter Missachtung demokratischer Institutionen und Werte.

In der Opposition fehlen dagegen Konzepte zu einer inhaltlich-programmatischen Differenzierung mit klaren Politikvorschlägen. Zu hohl und überzogen klingen die Versprechen von sieben bis acht Prozent jährlichem Wirtschaftswachstum (Gadea) oder einer Million neuer Arbeitsplätze (Alemán). Die diversen Absichtserklärungen zur Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen, zur Stärkung demokratischer Institutionen oder zur Herbeiführung eines Investitionsbooms sind zu global bzw. von beschränkter Attraktivität für eine Wählerschaft, die mit einer regelmäßigen Propaganda für die Sozialprogramme der aktuellen Regierung bespült wird. Und auf die geschickte Vermischung von sozialpopulistischer Polemik und christlichem Konservatismus, wie sie das Präsidentenehepaar Ortega-Murillo propagiert, hat die Opposition bisher keine Antwort gefunden. Sowohl Gadea wie Alemán halten sich bei Fragen zum Abtreibungsrecht, den Rechten Homosexueller oder der Rolle der Kirchen bewusst zurück, da sie hier die Quittung einer religiös geprägten Wählerschaft fürchten.

Perspektiven einer gebeutelten Demokratie

Obwohl der Abstand zwischen den beiden Hauptanwärtern auf das Präsidentenamt in den Umfragen nicht allzu groß scheint, sieht Ortega – bei einer sandinistischen Stammwählerschaft von fast 35 Prozent und der erwarteten Aufsplitterung der Oppositionsstimmen – fast

schon wie der sichere Sieger aus. Große Unsicherheit herrscht aber bezüglich des Ausgangs der Parlamentswahl: Werden sich die Befürchtungen über Manipulationen, wie sie angeblich bei den Gemeindewahlen 2008 stattgefunden hatten, bewahrheiten? Wird die internationale Beobachtung ausreichen, um freie und gleichberechtigte Wahlen zu gewährleisten – nach all den Hindernissen im Vorfeld und der drohenden, nachträglichen Aberkennung gewonnener Mandate? Gewiss ist, dass selbst ein klarer Sieg Ortegas die Zweifel an der Verfassungskonformität seiner Kandidatur nicht beseitigen kann. Und angesichts der per Regierungskret verschobenen, jetzt aber anstehenden Neubesetzungen in wichtigen Organen der Exekutive und Judikative ist mit weiteren politischen Auseinandersetzungen zu rechnen, die die labile demokratische Institutionenlandschaft belasten werden.

Auch wenn die FSLN (zunächst) keine Mehrheit im Parlament erreichen sollte, wird sie eine weiter geschwächte Opposition vorfinden. Die Chancen der aus der Not geborenen Allianz PLI-UNE, sich über die Parlamentsarbeit als dauerhafte Alternative mit eigenständiger programmatischer Kompetenz zu etablieren, werden nicht sehr hoch eingeschätzt. Dem Bündnis mangelt es an gesellschaftlich anerkannten Führungspersonlichkeiten, die glaubhaft einen alternativen Entwicklungsweg propagieren oder umsetzen könnten. Zu sehr ist die politische Debatte auf die Auseinandersetzung mit dem Präsidenten und der sandinistischen Partei ausgerichtet, zu wenig wird dem zwar angesehenen, jedoch politisch zukunftslosen Gadea eine Neuausrichtung der nicaraguanischen Politik zugetraut. Der Selbstfindungsprozess der oppositionellen Parteien, sowohl im liberal-konservativen als auch im progressiven Politikspektrum wird deshalb wohl eher von einer neuerlichen Spaltung der fragilen Wahlallianz PLI-UNE begleitet sein. Sollte es jedoch wider Erwarten zu einem Sieg der Oppositionsparteien bei Präsidentschafts- wie Parlamentswahlen kommen und kein Einspruch seitens der Wahlbehörden erfolgen, scheint der Bestand eines Bündnisses PLI-UNE ebenfalls nicht gesichert. Dafür lässt die geringe Aussagekraft des Regierungsprogramms und die Notwendigkeit, eine Parlamentsmehrheit auszuhandeln – möglicherweise mit Unterstützung der Altliberalen um Alemán – zu viele Fragen offen.

In den Folgejahren ist demnach eher ein weiterer Konzentrationsprozess der politischen Macht zugunsten der

FSLN zu erwarten. Dabei ist wahrscheinlich nicht einmal eine Parlamentsmehrheit zur Durchführung von Verfassungsänderungen zwingend notwendig, denn in den vergangenen Jahren wurde es zur fraglichen Praxis, die Verfassung schlicht zu übergehen. Der Pragmatismus im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich wird seine Fortsetzung finden, zumal er deckungsgleich zur Bedienung eigener unternehmerischer Interessen, sprich der Führungselite, eingesetzt wird. Im Jahr 2012 stehen sowohl eine Verlängerung des Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds als auch die Einleitung des Ratifizierungsprozesses des Kooperationsabkommens Zentralamerikas mit der EU an. Dies spricht jedoch nicht gegen den weiteren Ausbau der Beziehungen zu Venezuela und den ALBA-Mitgliedsländern. Andererseits pflegt die sandinistische Regierung sogar mit den USA selektiv intensive Beziehungen, z. B. im Bereich der Drogenbekämpfung und öffentlichen Sicherheit – ganz im Gegensatz zur Regierungspropaganda. Die Beziehungen zum Nachbarland Costa Rica sind durch den Streit um den Grenzverlauf an der Mündung des Flusses San Juan belastet, werden jedoch auch hier durch gemeinsame Wirtschaftsinteressen (Tourismus, Ressourcennutzung, bilateraler Handel und Arbeitsmigration) abgefedert.

Die Zukunft der FSLN als Partei mit sozialistischem, basisdemokratischem Anspruch ist angesichts der jüngsten Erfahrungen unklar. In der internationalen Debatte sieht man sich weiter eng dem venezolanischen Vorbild ver-

bunden, sucht aber auch die Nähe zu Parteien wie der brasilianischen PT und dem *Foro de Sao Paulo*, welches – im lateinamerikanischen Umfeld – die SI als Bezugsgröße vielfach abgelöst hat. Im innenpolitischen Bereich wird die Debatte übertrieben stark auf die Führungsfiguren, insbesondere das Präsidentenehepaar, konzentriert. Ob diese Strategie gegenüber dem bisher treu ergebenden Parteienwachstum nachhaltig ist, sei dahingestellt. Zwar helfen die kadermäßig organisierte Parteistruktur und die Absicherung im semi-politischen Bereich durch die sogenannten Bürgerräte, die politische Auseinandersetzung zu steuern und unliebsame Kritiker(innen) an den Rand zu drängen. Aber das Aufbegehren ehemaliger Revolutionsführer(innen) oder -anhänger(innen), die sich oppositionellen Gruppen angeschlossen haben und nun – im Falle des MRS – sogar das Bündnis PLI-UNE stützen, lässt vermuten, dass das »Erfolgsmodell« anderer Länder des ALBA-Spektrums – politische Polarisierung, soziale Hilfsprogramme und Wiederwahl von Mandatsträger(inne)n – nicht unbedingt auf Nicaragua übertragbar ist.

Bei einem erneuten Wahlsieg Ortegas und der FSLN-Regierung besteht zunächst die Gefahr weiterer Rückschritte in der demokratischen Entwicklung des Landes. Jedoch wird diese Situation nicht unbedingt der Stärke der sandinistischen Bewegung, sondern eher der aktuellen Schwäche der Oppositionsparteien und ihrer politischen Führungen zuzuschreiben sein.



Über den Autor

Dr. Michael Langer ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Costa Rica, Nicaragua und Panama mit Sitz in Costa Rica.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik
Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Tel.: ++49-30-26935-7484 | Fax: ++49-30-26935-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen:
info.lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-939-9